

Notizen

Zum neuen Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz wurde am 22. September auf der Herbstvollversammlung der deutschen Bischöfe in Fulda Bischof *Karl Lehmann* (51) von Mainz gewählt. Bischof Lehmann war seit 1985 stellvertretender Vorsitzender. Die Neuwahl war notwendig geworden, nachdem Kardinal Höffner aus Gesundheitsgründen Mitte August vom Amt des Vorsitzenden und Mitte September auch als Erzbischof von Köln zurückgetreten war. Neuer stellvertretender Vorsitzender wurde der Erzbischof von Freiburg, *Oskar Saier* (55). Der Sekretär der Bischofskonferenz, Prälat *Wilhelm Schätzler* (58), ist für weitere sechs Jahre im Amt bestätigt worden.

Nach der Ankündigung des Leiters des Kommissariats der Deutschen Bischöfe in Bonn, Prälat *Paul Bocklet*, wird im Herbst dieses Jahres eine *deutsche katholische Gemeinde in Peking* gegründet. Bocklet hatte während des Aufenthalts des Bundeskanzlers, zu dessen Begleitern er gehörte, entsprechende Verhandlungen mit den chinesischen Behörden geführt. Laut Bocklet arbeiteten gegenwärtig an die 2000 Deutsche als Wissenschaftler, Techniker und Wirtschaftsberater in der chinesischen Hauptstadt, unter ihnen sind eine größere Zahl katholisch. Die Gründung einer *evangelischen deutschen Gemeinde* in Peking ist in allernächster Zeit ebenfalls vorgesehen.

Zum neuen Erzbischof der evangelisch-lutherischen Kirche *Estlands* wurde Konsistorialrat *Kuno Pajula* gewählt. Er folgt im Amt dem verstorbenen Erzbischof *Edgar Hark* nach. In einem Interview mit einer finnischen Kirchenzeitung kurz nach seiner Wahl gab Pajula über die Lage der estnischen lutherischen Kirche Auskunft: Sie zählt 142 Gemeinden; im Dienst der Kirche stehen derzeit fünfzig ordinierte Pastoren, 33 Hilfsgeistliche und vier Diakone. Von den Pfarrern sind 25 über 70 Jahre alt. Vom neuen Religionsgesetz, das in der Sowjetunion derzeit in Arbeit ist, erhofft sich der neue Erzbischof eine größere Entscheidungsfreiheit der Kirche in ihren inneren Angelegenheiten. Die größte Gefahr für die Kirche in Estland, so Pajula, sei nicht der Atheismus, sondern der Materialismus.

Anlässlich eines Besuchs in Wien betonte der Präsident der vatikanischen Kommission zur Interpretation des Codex, Kardinal *Rosalio Castillo Lara*, in einem Gespräch mit „Kathpress“, das neue Kirchenrecht sei überall sehr gut aufgenommen worden. Kardinal Castillo Lara äußerte sich auch zu der Frage, warum man auf die Promulgation der im Entwurf fer-

tiggestellten „Lex fundamentalis“ verzichtet habe: Die „Lex fundamentalis“ sei auf Wunsch des Papstes nicht veröffentlicht worden, und zwar aus ökumenischen Rücksichten. Der Papst, mit ihm aber auch zahlreiche Kirchenrechtler seien der Ansicht gewesen, daß mit der „Lex fundamentalis“ ein Kirchenmodell präsentiert werden könnte, das zu Schwierigkeiten bei anderen Christen und damit beim ökumenischen Dialog führen könnte.

Die katholische Kirche wird sich an der *europäischen Versammlung über „Frieden in Gerechtigkeit“* Anfang 1989 beteiligen. Diese Zusammenkunft soll als europäische Vorkonferenz zur für 1990 vorgesehenen weltweiten christlichen „Konvokation“ über „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ dienen. Der Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), der jetzt gegenüber der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) seine Beteiligung an der Versammlung zugesagt hat, wird bei der weiteren Vorbereitung des Treffens (es soll in Basel oder in Wien stattfinden) mit der KEK gleichberechtigt zusammenarbeiten.

In der zweiten Augushälfte hielt sich der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel, *Dimitrios I.*, zu einem zweiwöchigen Besuch in der Sowjetunion auf. Der Besuch galt der Begegnung mit der Russisch-Orthodoxen Kirche und ihrem Oberhaupt, Patriarch Pimen. Der Ökumenische Patriarch besuchte außerdem den georgischen Katholikos *Ilia* in Tiflis. Vor der Reise in die Sowjetunion hatte Dimitrios I. schon die Patriarchen von Alexandrien, Antiochien und Jerusalem besucht. Seine Reisetätigkeit, die der Vorbereitung des Panorthodoxen Konzils dient, wird der Ökumenische Patriarch Ende dieses Jahres mit Aufenthalt in Rom (er trifft am 7. Dezember mit Johannes Paul II. zusammen), Canterbury, dem Sitz des anglikanischen Primas, und beim ökumenischen Rat in Genf beenden.

Gegen Tendenzen in manchen Ländern zur Beibehaltung oder Wiedereinführung der Todesstrafe und für eine *Einschränkung (weltweit) von Haftstrafen* sprach sich der Erzbischof von Mailand, Kardinal *Carlo M. Martini*, auf einer internationalen Gefangenenseelsorgertagung in Wien aus. Anstatt durch härtere Strafen, solle Kriminalität durch gezielte gesellschaftliche Maßnahmen bekämpft werden. Als Alternativen zur Bestrafung empfahl der Kardinal „natürliche Lösungen“. Dem Straffälligen soll vor allem die Möglichkeit zur Wiedergutmachung gegeben werden. Die natürlichste Lösung sei, das Opfer zu entschädigen. Bürger sollten auch Schä-

den, die sie der Allgemeinheit zugefügt haben, durch freiwillige Aktivitäten im eigenen Land oder im Ausland zugunsten von Benachteiligten ausgleichen können.

Auf harte Kritik der Kirchen ist der Beschluß des neuen hessischen konservativ-liberalen Kabinetts unter Ministerpräsident *Walter Wallmann* gestoßen, hessische Sonderregelungen im Bereich der Ausländerpolitik, die noch aus der Zeit der von SPD und Grünen getragenen Regierung Börner stammten. Betroffen hiervon sind vor allem die Nachzugsmöglichkeiten von Familienmitgliedern. Der Limburger Bischof *Franz Kamphaus* nannte diese Rücknahme der bisher geltenden vergleichsweise liberalen hessischen Regelung einen „Verstoß gegen grundlegende Rechte der Familie“. Eltern hätten das Recht, ihre Kinder zu erziehen, Kinder hätten Anspruch, in der Familie ihrer Eltern zu leben, und Ehegatten hätten das Recht zusammenzuleben.

Sehr dezidiert hat sich der Innsbrucker Moralthologe *Hans Rotter* (in der katholischen Wochenzeitung „präsent“) zur *pränatalen Diagnostik* geäußert. Rotter wendet sich entschieden gegen die im kirchlichen Bereich vorherrschende Meinung, vorgeburtliche Untersuchungen, z. B. nach der Fruchtwassermethode, führten gleichsam automatisch zur Abtreibung, denn in etwa 95 Prozent der Fälle komme die Schwangerschaftsuntersuchung zum Ergebnis, daß das Kind gesund sei: Würde man die Schwangerschaftsuntersuchungen abschaffen, wird das vielen Kindern den Tod bringen, weil man fürchte, es komme ein geschädigtes Kind zur Welt, obwohl dies gar nicht zutrefte. Freilich gebe es auch Fälle, in denen eine Frau, schockiert durch eine ungünstige Diagnose, aus Panik abtreiben lasse. Dies könne ethisch nicht gerechtfertigt werden, aber Christen sollten in solchen Fällen auch nicht den ersten Stein auf die betroffene Frau werfen.

Kardinal *Franjo Kuharić*, Erzbischof von Zagreb und Vorsitzender der jugoslawischen Bischofskonferenz, betonte gegenüber KNA, gläubige Bürger würden in Jugoslawien trotz aller verfassungsmäßigen Garantien für die Religionsfreiheit immer noch als Bürger zweiter Klasse behandelt. Probleme hätten vor allem jene, die mit öffentlichen Institutionen direkt in Berührung kämen: Lehrer, Soldaten, Angestellte in staatlichen Verwaltungen. Teilweise seien auch Kinder, die den kirchlichen Religionsunterricht besuchten, in der Schule Druck ausgesetzt und würden von Lehrern beschimpft. Religion und Kirche würden im Schulunterricht leider sehr negativ dargestellt.